

## Die fünfte Ferienwoche «kostenneutral»?

# Ein schäbiges Geschenk

**Der Regierungsrat will dem kantonalen Personal endlich die fünfte Ferienwoche gewähren, die in der Privatwirtschaft und in vielen Städten und Gemeinden längst normal ist. Die Rechnung dafür sollen die Angestellten des Kantons aber selber bezahlen. Schäbig, sagt der VPOD.**

Der Regierungsrat hält zurecht fest: «Im Vergleich mit grossen privaten Arbeitgebern, aber auch mit dem Bund, anderen Kantonen oder den Städten Zürich, Winterthur und Uster sowie weiteren Gemeinden hat der Kanton namentlich für Angestellte im mittleren Alter weniger zu bieten.»

Seit Jahren fordert der VPOD, dass dem kantonalen Personal endlich die zusätzliche Ferienwoche zu gewähren sei, die überall sonst längst Normalität ist. Auch der Regierungsrat sieht nun ein, dass er nicht ewig hinterherhinken kann, sondern dass er nachziehen muss, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Er plant deshalb, allen Angestellten (ausser den Lehrpersonen!) mindestens fünf Wochen Ferien sowie den 50- bis 59-Jährigen eine zusätzliche Woche Ferien zu gewähren. So weit, so gut.

Schäbig ist aber, wie der Regierungsrat dieses Zugeständnis finanzieren will: «Da die neue Lösung zu keiner zusätzlichen finanziellen Belastung des Kantons führen soll, will der Regierungsrat die wöchentliche Arbeitszeit jener An-

gestellten mit einer zusätzlichen Ferienwoche von 42 auf 42,5 Stunden erhöhen.» Er habe sich für «eine kostenneutrale Lösung entschieden, zu der er nun die Finanzdirektion mit einer Vernehmlassung beauftragt hat».

Nachdem der Regierungsrat 2017 (wesentlich mit Einsparungen beim Personal im Rahmen der «Leistungsüberprüfung 2016» LÜ16) einen Ertragsüberschuss von 367 Millionen Franken erwirtschaftet hat, will er nun die Angestellten auch noch die Rechnung für diese längst überfällige Massnahme bezahlen lassen. Von 2010 bis 2016 hat der Kanton Zürich insgesamt 436 Millionen Franken auf Kosten der Angestellten eingespart. Im laufenden Jahr wurde die Teuerung nicht voll ausgeglichen, die Summe für Lohnerhöhungen wurde drastisch reduziert und die Erhöhung der Pensionskassenbeiträge wurde nicht ausgeglichen. Und jetzt dieser schäbige Vorschlag!

Michèle Dünki-Bättig, Präsidentin der VPOD-Sektion Zürich Kanton, hält fest: «Der VPOD wird im Rahmen der Vernehmlassung klar zum Ausdruck bringen, dass dieses schäbige Angebot so nicht akzeptabel ist. Die Ferienwoche muss kommen, aber nicht auf Kosten der Angestellten. Es ist offensichtlich: Das Geld ist vorhanden. Es fehlt der bürgerlichen Mehrheit aber bisher am guten Willen!»

Roland Brunner

## VPOD unterstützt Referendum gegen das Wassergesetz

# Das Menschenrecht auf Wasser verteidigen

**Das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser ist am 28. Juli 2010 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt worden. Also alles klar. Oder doch nicht?**

Der Zürcher Kantonsrat hat am 9. Juli über eine Revision des Wassergesetzes entschieden. Ursprünglich ging es bei dieser Vorlage um das sinnvolle Ziel, verschiedene Verordnungen zum Schutz unserer Gewässer zusammenzufassen und sie damit griffiger zu gestalten.

Doch es kam anders als geplant. Statt die Gewässer zu schützen und eine zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser sicherzustellen, bliesen bürgerliche PolitikerInnen zum Angriff auf das Menschenrecht Wasser. In der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt6 (KEVU) haben sie verbindliche Vorgaben über Bord geworfen und dafür in Paragraf 108 die Möglichkeit reingeschrieben, im Rahmen

der «Aufgabenübertragung durch Gemeinden» die öffentliche Wasserversorgung im Kanton Zürich zumindest teilweise privatisieren zu können! Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat hat diese Privatisierungsvorlage mit 84 zu 77 Stimmen relativ knapp durchgedrückt – gegen die Stimmen von SP, Grünen, Alternativer Liste, BDP und glp. Damit ist klar, dass es ein Referendum geben wird.

Für den VPOD ist klar, dass die Wasserversorgung nicht in private Hände gehört. Wasser geht uns alle an – und gehört uns allen. Michèle Dünki-Bättig, Präsidentin der VPOD-Sektion Zürich Kanton und SP-Kantonsrätin, hält fest: «Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat hat den Draht zur Bevölkerung wohl völlig verloren. Glaubt jemand ernsthaft, dass es im öffentlichen Interesse sein kann, Wasser zu privatisieren?» Voraussichtlich am 10. Februar 2019 wird die Stimmbevölkerung das letzte Wort dazu haben.

Roland Brunner

## Gesetz über die Kantonsapotheke

# Geldmache mit Medikamenten?

**Geht es nach dem Willen der Gesundheitsdirektion, soll die Kantonsapotheke privatisiert werden. Einmal mehr will die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat eine zentrale Gesundheitsdienstleistung verschern. Die VPOD Sektion Zürich Kanton nimmt Stellung\*.**

Der VPOD lehnt eine Privatisierung der Kantonsapotheke bzw. ihre Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ab. Die Argumente, dass die Kantonsapotheke eine höhere Flexibilität und unternehmerische Freiheit benötigt, waren auch die Hauptargumente bei den Privatisierungsvorlagen für das Kantonsspital Winterthur und die Integrierte Psychiatrie Winterthur. Die Bevölkerung hat mit ihrem Votum klar gezeigt, dass die Gesundheitsversorgung unter öffentlicher Führung und damit unter demokratischer Kontrolle bleiben soll.

Die Kantonsapotheke ist eine für die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich zentrale und bedeutungsvolle Einrichtung, denn sie sichert eine «sichere, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Arzneimittelversorgung für das Universitätsspital Zürich, das Kantonsspital Winterthur, zahlreiche weitere Spitäler und Institute sowie für die Bevölkerung des Kantons Zürich generell».

Ein Amt mit einer solch zentralen Funktion muss öffentlich und demokratisch kontrolliert bleiben. Gemäss Gesundheitsdirektion verfügt die Kantonsapotheke seit ihrem Umzug nach Schlieren Anfang 2017 über eine Infrastruktur, die zu den modernsten in ganz Europa zählt. Diese Infrastruktur wurde mit öffentlichen Geldern finanziert. Der Nutzen aus dieser Investition soll deshalb voll und ganz der Öffentlichkeit zugutekommen. Allfällige Gewinne dürfen nicht an private Investoren fließen. Die Gesundheitsdirektion will aber, dass 49% der Aktien an Private verkauft werden können.

Es ist für den VPOD unverständlich und nicht akzeptabel, dass eine Aktiengesellschaft, die möglicherweise zu 49% privaten Investoren gehört, die Preise für Leistungen faktisch diktieren kann, die kantonale Spitäler und der Kanton zwingend bei ihr beziehen müssen. Eine Privatisierung der Kantonsapotheke wäre ein unnötiger und schädlicher Verzicht auf politischen Einfluss und demokratische Kontrolle eines Betriebes, der mit öffentlichen Geldern eine zentrale Sicherung unserer Gesundheitsversorgung bietet.

### Keine Verschlechterung für das Personal

Der VPOD lehnt auch eine Verschlechterung der Anstellungsbedingungen des Personals der Kantonsapotheke ab. Aktuell arbeiten hier 110 Mitarbeitende in 10 verschiedenen Berufen. Für sie sollen auch bei einer allfälligen Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mindestens die Bestimmungen des kantonalen Personalrechts Geltung haben – und zwar nicht nur für die ersten drei Jahre und nicht nur für diejenigen Mitarbeitenden, die zum Zeitpunkt der Privatisierung der Kantonsapotheke dort beschäftigt wären. Der

VPOD weiss aus Erfahrung, dass Privatisierungen über kurz oder lang zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen – ausser beim obersten Kader, das in der Regel von einem solchen Schritt auf Kosten der anderen Mitarbeitenden profitiert. Das

beste Instrument, um eine solche Entwicklung zu verhindern, ist ein mit den Sozialpartnern ausgehandelter Gesamtarbeitsvertrag (GAV), den der VPOD für den Fall einer Privatisierung fordert.

Roland Brunner/Brigitte Gugler

\*Die vollständige Vernehmlassungsantwort des VPOD kann bestellt werden bei [roland.brunner@vpod-zh.ch](mailto:roland.brunner@vpod-zh.ch)



# Im Schnellzug zur Lohngleichheit!

## Gratis Extrazüge zur nationalen Kundgebung am Samstag, 22. September, in Bern

Schon in den letzten VPOD-Informationen haben wir auf die nationale Kundgebung «Für Lohngleichheit – gegen Diskriminierung» vom 22. September in Bern hingewiesen. Nun ist auch die Abfahrtszeit der gratis Extrazüge klar:

Winterthur ab 11.38 Uhr  
Zürich ab 12.14 Uhr  
Bern an 13.45 Uhr

Die Rückfahrt ab Bern im Extrazug erfolgt um 17.10 Uhr (Zürich an 18.44 Uhr, Winterthur an 19.28 Uhr).

Also unbedingt jetzt schon Datum und Zeit in der Agenda eintragen!



## Agenda

**Montag, 20. August 2018, 9.30–17.00 Uhr**  
Weiterbildung: Pensionskasse – wie funktioniert das?  
Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär, erläutert die wichtigsten Fragen und Mythen zur beruflichen Vorsorge.  
VPOD Zentralsekretariat Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Dienstag, 28. August 2018, 16–18 Uhr**  
Sektionsvorstand VPOD Stadt und Institutionen  
VPOD Zentralsekretariat Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Donnerstag, 30. August 2018, 9–17 Uhr**  
Das neue Arbeitszeitgesetz  
VPOD Zentralsekretariat Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Samstag, 1. September 2018, 9–17 Uhr**  
Arbeiten und Angehörige betreuen. Wie geht das?  
VPOD Zentralsekretariat Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

**Montag, 3. September 2018, 19 Uhr**  
fabernetzungstreffen trÖtzphase  
Kasama Militärstrasse 87a, im Innenhof

**Donnerstag, 13. September 2018**  
Tagesausflug nach Sasso di Gottardo mit dem Car (auf dem Gotthardpass)  
Detailinformationen und Anmeldung: VPOD-Pensionierte

**Donnerstag, 20. September 2018**  
Kulturwanderung Pax Mal Walenstadtberg mit Schifffahrt auf dem Walensee nach Quinten  
Detailinformationen und Anmeldung: VPOD-Pensionierte

**Samstag, 22. September 2018**  
Nationale Kundgebung «Für Lohngleichheit – gegen Diskriminierung» in Bern  
Extrazug (gratis) ab Winterthur 11.38 Uhr, ab Zürich 12.14 Uhr

**Vorankündigung:**  
**Freitag, 19. Oktober 2018, ab 17 Uhr**  
Zukunft mit Geschichte(n) – 100 Jahre VPOD Sektion Zürich Kanton  
Wirtschaft Theater am Neumarkt, Neumarkt 5, Zürich

**Freitag, Samstag 9./10. November 2018**  
VPOD Frauenkonferenz  
Solothurn

## Wir wissen selber, was gute Care-Arbeit ist!

Zum Abschluss des diesjährigen VPOD-Lese-seminars «Professionalisierung – oder Ökonomisierung?» öffneten die Frauen den Rahmen und luden interessierte Frauen und Männer aus Care-Berufen ins Volkshaus ein. In einem spannenden und lebhaften Setting verknüpften Seminar Teilnehmerinnen Beispiele aus dem Arbeitsalltag, weitere Fakten und Zahlen mit den im Seminar diskutierten Texten.

Das VPOD-Lese-seminar zum Abschluss zu öffnen und in den Weissen Saal im Volkshaus einzuladen, war ein bewusster Entscheid der Teilnehmerinnen und der Seminarleiterin Tove Soiland. Unter dem Titel *Stoppt den Wasserkopf Management – Wir wissen selber, was gute Care-Arbeit ist!* wollten sie über den Seminar Teilnehmerinnenkreis hinaus Frauen und Männer in Care-Berufen ansprechen und mit ihnen diskutieren. Zusammen mit Tove Soiland setzte sich eine Gruppe in der Vorbereitung mit der Frage auseinander, wie für ein grösseres Publikum die Thematik des Lese-seminars zugänglich gemacht werden kann.

Die Vorarbeit hat sich mehr als auszahlt: Der Einstieg erfolgte über ein eigens einstudiertes

Theater, welches einen kleinen Einblick in die absurden Auswüchse der Professionalisierung und Ökonomisierung der Care-Arbeit gab. Der Brückenschlag zwischen Berufsalltag und Seminarlektüre gelang im Rahmen eines Podiums Teilnehmerinnen aus dem Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich zusammen mit Tove Soiland. Lebhaft waren auch die darauffolgende Diskussion und die Wortmeldungen aus dem gut besuchten Saal.

Am Ende der Veranstaltung erreichte eine Grussbotschaft der Frauen aus der Romandie den Saal. Diese hatten im Rahmen einer gut besuchten Versammlung Anfang Juni die Frage «vers une grève féministe en 2019?» – ein Frauenstreik 2019? – mit einem deutlichen JA beantwortet und die Zürcherinnen aufgerufen, diesen Weg gemeinsam mit ihnen zu gehen! Es lag aber bestimmt nicht nur an den kämpferischen und motivierenden Worten aus der Romandie, dass sich viele in die Liste für die Vernetzung für einen Frauenstreiktag eingetragen haben. Weitere Interessierte melden sich bei [info@vpod-zh.ch](mailto:info@vpod-zh.ch) mit dem Betreff «Frauenstreiktag».

Martina Flühmann

Kompetenzorientierung

Mitarbeiterbeurteilung  
Fallpauschale Rankings  
Zielleistungsvereinbarung  
best practice Benchmarking  
Modul Feedback  
Kennziffern  
Qualitätsorientierung Scoresysteme  
Wirkungsorientierung Systemsteuerung  
Evidenzbasierung  
Standardisierung  
Qualitätsmanagement Asset Assessment  
Prozessoptimierung  
Prozesssteuerung  
Optimierung  
Audits  
Output-Steuerung  
Evaluation  
Monitoring

### Unruhe in der Psychiatrischen Universitätsklinik PUK

## Spitzeln und schnüffeln bei der PUK?

Mitte Juni hat beim VPOD ein Treffen stattgefunden, zu dem Mitglieder und Interessierte PUK-Mitarbeitende eingeladen waren. Thema war die neue Unterstellung der PUK unter das Arbeitsgesetz und die sich durch die Art der Umsetzung ergebenden Probleme für die Angestellten.

Seit dem 1. Januar 2018 ist die PUK ausgegliedert, also kein Teil der kantonalen Verwaltung mehr. Damit muss sie sich neu auch an das Arbeitsgesetz und seine Bestimmungen zum Gesundheitsschutz halten (Pausenregelungen, Schichtdienste usw.). Die Einführung der neuen Dienst- und Schichtpläne hat zu viel Unmut geführt, denn sie wurde zwar gesetzeskonform, aber bisher ohne Berücksichtigung der Interessen und Anliegen der Angestellten umgesetzt. Dies wäre laut PUK «mit einem ausserordentlich hohen Aufwand» verbunden ...

Entsprechend unzufrieden sind die Leute und wollen das nicht einfach hinnehmen. Anscheinend hat ein Teilnehmer der Direktion umge-

hend von diesem Treffen berichtet. Der VPOD hat daraufhin die PUK angeschrieben und hält fest: «Eine Teilnahme und Berichterstattung ohne Offenlegung verstösst gegen Treu und Glauben und untergräbt die Glaubwürdigkeit der PUK-Leitung gegenüber den Angestellten. Von einer Direktion darf erwartet werden, dass sie die Teilnahme ankündigt und transparent macht. Dies ist Grundlage für einen konstruktiven Dialog und eine Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe, die auch von der Belegschaft respektiert wird.»

Bereits am 30. April hat der VPOD auf die Mitteilung der PUK reagiert, der Spitalrat werde «zu gegebener Zeit» ein Personalreglement erstellen. Wir haben festgehalten, dass für dieses Verfahren gemäss Mitwirkungsgesetz das Personal und seine Vertretung einzubeziehen sind. Wir gehen davon aus, dass sich die PUK an diese Vorgaben halten wird und werden die Interessen der Angestellten einbringen.

Roland Brunner

## Neu beim VPOD

Per Ende Mai hat Brigitte Gügler nach 15 Jahren als Regionalsekretärin den VPOD verlassen. Ihre Nachfolge hat schon begonnen. Sandra Vögeli stellt sich vor.

Noch während meiner Lehrzeit bin ich der Gewerkschaft beigetreten – aus Überzeugung. Die Überzeugung und das Interesse an gewerkschaftlichen Themen sind bis heute geblieben. Sich gewerkschaftlich zu organisieren ist für viele keine Selbstverständlichkeit (mehr), obwohl es äusserst wichtig ist. Ist es doch DAS Mittel gegen die Macht der Arbeitgeber und für gute Arbeitsbedingungen. Umso mehr freue ich mich, mich nun mit Elan beim VPOD für die Mitglieder und die Anliegen von Arbeiterinnen und Arbeitern einzusetzen.

Nach dem Studium der Sozialen Arbeit war ich vier Jahre in der offenen Kinder- und Jugendarbeit tätig. Die Arbeit mit Jugendlichen und ihrem sozialen Umfeld war sehr spannend und lieferte mir immer wieder Anlass, kritisch über unsere Gesellschaft nachzudenken. Anschliessend konnte ich als Jugendsekretärin bei der Gewerkschaft Syndicom auf dem gewerkschaftlichen Terrain unterwegs sein. Zusammen mit den Erfahrungen als aktives Gewerkschaftsmitglied bin ich gewappnet für die Arbeit für den VPOD und seine Mitglieder.



Sandra Vögeli

Seit 2016 absolviere ich einen Masterstudienangang in Rechtswissenschaftlichen Studien, was mir das Handwerkszeug liefert, den Mitgliedern auch bei rechtlichen Fragen zur Seite zu stehen. Ich freue mich sehr auf die Arbeit beim VPOD und hoffe natürlich auf viele gewerkschaftliche Erfolge – seien es individuelle oder kollektive.

Sandra Vögeli

### Bassersdorf schickt Heimprivatisierung bachab

## Breiti bleibt öffentlich

Das Resultat war mehr als deutlich: mit 66 respektive sogar 77% haben die BassersdorferInnen am 10. Juni Nein gesagt zur Privatisierung des Altersheimes Breiti.

Die Bassersdorfer Stimmbevölkerung wies den Privatisierungsdrang des Gemeinderats beim Altersheim Breiti klar in die Schranken und sendet die Verantwortlichen zurück auf Feld eins. Der VPOD hat die Abstimmungskampagne der SP Bassersdorf aktiv unterstützt. Die SP Bassers-

dorf schreibt denn auch: «Dass dieses Ergebnis so deutlich ausfiel, war der Kampagne von SP Bassersdorf und der Gewerkschaft VPOD zum doppelten Nein zu verdanken. Mit einem aufwändig ausgestalteten Abstimmungsflyer, einer eigens für dieses Projekt aufgeschalteten Website und einer begleitenden Facebook-Kampagne konnte ein grosser Teil der Stimmberechtigten erreicht und von unseren Argumenten überzeugt werden.» Wir bleiben dran.

Roland Brunner

## Herzlichen Glückwunsch!

Unserem Lernenden, Marco Berardi, gratulieren wir herzlich zu seiner erfolgreichen Abschlussprüfung mit Bestnoten!

Wir freuen uns sehr, dass Marco für zwei weitere Jahre in unserem Team bleibt und seine Ausbildung zum Kaufmann auch bei uns absolviert.

Das Team des VPOD Zürich

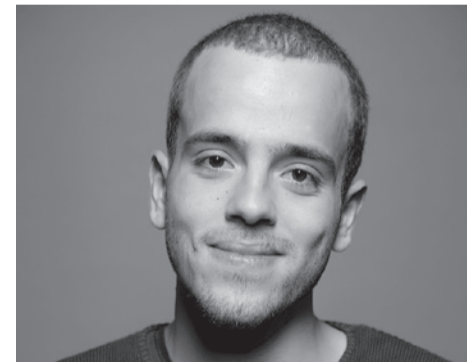


Foto: Mischka Scherrer/VPOD

### Rolf Bossard AG rekommunalisieren

## Aus einer Hand

Der neue Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) hat einen Kurswechsel signalisiert. Über kurz oder lang sieht auch Richi Wolff wieder ERZ in der Pflicht, Papier und Karton zu sammeln.

Dies hat er Mitte Juni anlässlich der Debatte um die Dringliche Motion zur Rekommunalisierung der Rolf Bossard AG dargelegt – der Gemeinderat hat letztlich an seiner Dringlichen Motion mit 68:51 festgehalten. Die dem Monopol der Stadt Zürich unterstellten Entsorgungsaufgaben sollen wieder durch Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) ausgeführt werden. Die nicht oder nur teilweise dem Monopol unterstellten Aufträge sollen so organisiert werden, dass Transportdistanzen mög-

lichst kurz gehalten und mit grösstem energetischem Nutzen in den Kehrichtheizkraftwerken der Stadt Zürich verwertet werden. Das gesamte Personal der Rolf Bossard AG solle dabei durch ERZ übernommen werden. Diese Forderungen hat eine Parlamentsmehrheit entgegen der Haltung des Stadtrats am 13. Juni bestätigt.

Der Stadtrat hatte die Umwandlung der Motion in ein Postulat vorgeschlagen, weil sich die bisherige Praxis bewährt habe und eine Übernahme der Dienstleistung durch ERZ betrieblich keinen Vorteil bringe (vgl. März- und Juni-Ausgaben der VPOD Informationen).

Duri Beer

Mehr Infos: <http://www.gemeinderat-zuerich.ch/sitzungen/protokolle/>

### Realisiere dein eigenes Projekt

## Jung und aktiv im VPOD

Möchtest du bei der VPOD Jugend aktiv werden, eine lokale VPOD-Jugendgruppe leiten, deine eigenen Projekte realisieren und neue Interessierte gewinnen? Dann besuche den Kurs «Jung und aktiv». Dieser stellt Tools zur Verfügung, mit denen du aktive Mitglieder motivieren kannst und Gruppenprozesse optimal begleitest. Zusammen mit Gleichgesinnten und Gleichaltrigen setzt du dich mit den Themen Leadership, Aktivismus, Projektmanagement und VPOD als Organisation auseinander. Im Rahmen dieses Kur-

ses können konkrete Projekte realisiert werden. Der Kurs richtet sich an VPOD-Mitglieder unter 35 Jahren, die ihr Engagement und ihre Kompetenzen in der Freiwilligenarbeit vertiefen und eine Leitungsrolle bei der VPOD Jugend einnehmen möchten. Für VPOD-Mitglieder sind Kurs und Verpflegung unentgeltlich.

Am Samstag, 29. September 2018, 9.30 – 17.00 Uhr, beim VPOD in Zürich  
Details, weitere Infos und Anmeldung unter [vpod.ch/kalender](http://vpod.ch/kalender)